

LESERBRIEF

zum Kommentar im Kölner Stadt-Anzeiger:

„Transparenz ist kein Gnadenakt“

von Markus Ogorek (31.7.2026)

Wir teilen die Kritik von Markus Ogorek an der geplanten Einschränkung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) durch die Bundesregierung und seine Einschätzung: „Ein Staat, der nichts zu verbergen hat, braucht keine neuen Mauern.“ Denn nur dank des IFG konnten in den letzten Jahren einige fragwürdige Verhaltensweisen öffentlicher Stellen und Funktionsträger aufgedeckt werden. Hier ein aktuelles Beispiel dafür aus Köln:

Im Frühjahr 2025 präsentierten wir die Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ im Kölner NS-Dokumentationszentrum (NS-DOK). Dazu gehörte auch die Aufstellung einer koreanischen Friedensstatue, die an sexualisierte Gewalt in Kriegen und an die Verschleppung von ca. 200.000 Frauen aus Asien und der Pazifikregion in Militärbordelle der japanischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg erinnert. Nachdem das Programmheft der Ausstellung bereits gedruckt und die Enthüllung der Friedensstatue am Internationalen Frauentag damit auch öffentlich angekündigt war, untersagte die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker in einem Schreiben an das NS-DOK die Präsentation der Statue auf dem Trottoir vor der Kölner Gedenkstätte. Nur dank eines einstimmigen Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt durfte die Statue schließlich aufgestellt werden. (Der KSTA berichtete.)

Da japanische Regierungsstellen in der Vergangenheit stets und überall - von Berlin bis San Francisco - protestiert hatten, wenn Kopien der Friedensstatue aufgestellt wurden, gingen wir davon aus, dass sie auch in Köln interveniert hatten. Aber noch Ende Januar 2025 bestritt der Pressesprecher der Stadt Köln, Alexander Vogt, jegliche Einflussnahme von japanischen Stellen bezüglich der Friedensstatue. Ende März musste er dann allerdings eingestehen, dass die Stadt „seit einigen Wochen zu diesem Thema mit japanischen Stellen in Kontakt“ stehe. Denn einer Journalistin von Spiegel-Online lag ein mehrseitiges Schreiben vor, das ein japanischer Parlamentsabgeordneter an die Bezirksvertretung Innenstadt geschrieben hatte, um deren Plazet für die Aufstellung der Friedensstatue zu verhindern.

Wir haben den Bericht in Spiegel-Online zum Anlass genommen, über das Portal „Frag den Staat“ bei der Oberbürgermeisterin nachzufragen, welche Kontakte es mit japanischen Stellen bezüglich der Friedensstatue zwischenzeitlich gegeben hatte und nach dem IFG war sie verpflichtet, innerhalb von vier Wochen zu antworten. Erst die Antwort ihres Internationalen Amtes enthüllte, dass es rund um den dreimonatigen Ausstellungszeitraum im NS-DOK eine massive Kampagne gegen die Erinnerung an japanische Kriegsverbrechen im öffentlichen Raum in Köln gegeben hatte. Denn danach gab es nicht nur „schriftliche“ und „telefonische“ Interventionen japanischer Stellen in Sachen Friedensstatue, sondern in der Zeit vom 21. Februar bis zum 14. Mai nicht weniger als fünf (!) Treffen der Stadt mit hochrangigen japanischen Politikern und Funktionär:innen. Vier dieser Treffen fanden im Rathaus statt, eines im Amt für Europa und Internationales der Oberbürgermeisterin. Auf japanischer Seite nahmen daran teil: Ein „Sonderbotschafter für Öffentlichkeit“ namens Suzuki, Vertreter des japanischen Generalkonsulats in Düsseldorf und der Stadtverwaltung Kyoto sowie der japanische Abgeordnete Toshiaki Endo. Für die Stadt Köln waren beteiligt: zweimal die Oberbürgermeisterin, dazu Mitarbeiterinnen

des Internationalen Amts und des Protokolls und am 8. April auch der "Direktor NS-DOK Borggräfe".

Obwohl zwei der genannten Treffen bereits im Februar, also vor Eröffnung unserer Ausstellung stattfanden, hielt es keiner der städtischen VertreterInnen für nötig, dies bei der Vernissage am 7. März auch nur zu erwähnen. Selbst von dem Treffen mit Vertretern des japanischen Generalkonsulats und der Partnerstadt Kyoto am 8. April, an dem auch der Direktor des NS-DOK teilgenommen hat, erfuhren wir als KuratorInnen der Ausstellung und Verantwortliche für die Aufstellung der Friedensstatue vor der Gedenkstätte nichts.

Nur dank des IFG und des Portals „Frag den Staat“ ließen sich die japanischen Versuche, die Kölner Kommunal- und Erinnerungspolitik zu beeinflussen, nachweisen und publik machen.

Auch dieses Kölner Beispiel zeigt somit, dass Transparenz - um es in den Worten von Markus Ogorek zu sagen – „kein Gnadenakt der Verwaltung“ sein darf, sondern eine „Funktionsbedingung der Demokratie“ ist. Das IFG sollte deshalb nicht eingeschränkt, sondern vielmehr ausgebaut werden, um Anfragen zur Kontrolle öffentlicher Funktionsträger zu erleichtern.

Christa Aretz / Karl Rössel

(KuratorInnen der Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“, die vom 7. März bis 1. Juni 2025 im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln gezeigt wurde.)

Die Belege für die in dem Leserbrief zitierten Auskünfte der Stadt nach dem IFG zur Friedensstatue

finden sich auf der Internetseite des Ausstellungsprojekts (www.3www2.de) unter: https://3www2.de/wp-content/uploads/2025/06/AnfrageAntwortjap_2025-04-25.pdf